

Chemnitzer Verkehrs-AG

Teilnahmeantrag

zum Teilnahmewettbewerb

**„Durchführung von Hauptuntersuchungen
an Dieselmotrfahrzeugen vom Typ Regio-Shuttle RS1“**

EU-Bekanntmachung (Referenz Nr.): CVAG/25/L01 - HU Regio-Shuttle
Auftraggeber: Chemnitzer Verkehrs-AG c/o eins energie in sachsen GmbH & Co. KG Carl-von-Ossietzky-Straße 186 09127 Chemnitz

Informationen zum Teilnahmewettbewerb

Verfahrensart:

Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung nach SektVO

Abgabetermin des Teilnahmeantrages:

bis zum **13.05.2025, 10:00 Uhr**

Postanschrift/ Abgabeort des Teilnahmeantrages:

Elektronisch
Bietercockpit (Start über <https://www.evergabe.de/glossar/elektronische-angebotsabgabe/>)

Teilnahmebedingungen:

- Teilnahmebedingungen gemäß EU-Bekanntmachung (Referenz Nr.)
CVAG /25/L01 - HU Regio-Shuttle
- Bewerbung mit vollständig ausgefülltem Teilnahmeantrag und den darin geforderten Unterlagen.
- Verspätet eingereichte Bewerbungen und Angebote werden nicht gewertet.
- Für den Teilnahmeantrag soll das vorliegende Formular verwendet werden.
- Der Teilnahmeantrag muss in deutscher Sprache abgefasst werden.
- Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt.

Der ausgefüllte Teilnahmeantrag mit den entsprechenden Anlagen ist über das Bietercockpit der eVergabe einzureichen.

Nur eine eingereichte Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) wird nicht akzeptiert und somit nicht gewertet.

Anlage 1: »Vordruck zum Teilnahmeantrag«

Ich/ wir gebe(n) einen Teilnahmeantrag für die Teilnahme am Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung nach SektVO für die Vergabe zur Durchführung von Hauptuntersuchungen an Dieselmotrfahrzeugen vom Typ Regio-Shuttle RS1 ab.

Zum Nachweis meiner/unserer Eignung mache(n) ich/wir die nachfolgenden Angaben und füge(n) die entsprechenden Nachweise bei. Mir/ uns ist bekannt, dass unvollständige oder nicht ordnungsgemäß ausgefüllte Unterlagen zum Ausschluss führen können.

Angaben zum Bewerber

Name/ Bezeichnung :

Anschrift :

Arbeitsschwerpunkte :

Ansprechpartner :

Telefon :

Telefax :

E-Mail :

Dem Teilnahmeantrag liegen die Vergabeunterlagen der Chemnitzer Verkehrs-AG (im Folgenden „CVAG“) zugrunde. Ich/ wir habe(n) die gemäß dem Vordruck zum Teilnahmeantrag sowie dem Leitfaden (Bewerbungsbedingungen) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise in der Anlage zu diesem Vordruck beigelegt. Sie sind Bestandteil dieses Teilnahmeantrags.

	Teilnahmeantrag zum Teilnahmewettbewerb "Durchführung von Hauptuntersuchungen an Dieselmotrfahrzeugen vom Typ Regio-Shuttle RS1"	
--	---	--

- Wir sind eine Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft (nachfolgend „**Bietergemeinschaft**“):

☐ Ja ☐ Nein

wenn ja: Wir bestehen aus den folgenden Mitgliedern (Name):

1.

2.

3.

4.

Mitglied Nr. ist bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft. Bevollmächtigter Vertreter dieses Mitglieds ist:

Name:

Dienstsitz:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Nähere Angaben zu den Mitgliedern der Bietergemeinschaft ergeben sich aus der Erklärung zur Bietergemeinschaft.

- Wir sind ein ausländisches Unternehmen mit Sitz in: (Staat).

Es folgt eine **abschließende Liste der auszufüllenden Unterlagen**, die in die Punkte Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit (Nr. I), Eigenerklärungen und Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit (Nr. II) sowie sonstige Erklärungen und Unterlagen (Nr. III) unterteilt ist.

Die in dieser Liste angekreuzten Erklärungen sind unter Verwendung der dafür vorgesehenen Original-Formblätter diesem Teilnahmeantrag beigelegt.

Die im Vordruck angekreuzten Erklärungen sind zwingend auszufüllen. Sie sind für jeden Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft einzureichen. Die gemäß Anlage 11 geforderten Unterlagen zum Nachweis der Fachkunde und technischen Leistungsfähigkeit müssen vom Bewerber bzw. der Bewerbungsgemeinschaft in der Form eingereicht werden, dass die Anforderungen insgesamt (kumuliert) erfüllt werden.

I. Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit

1. ☒ Formblatt »Eigenerklärung gemäß §§ 123 Abs. 1 bis 3, 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 9 GWB« (**Anlage 2**)
2. ☒ Formblatt »Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben, Sozialbeiträgen nach § 123 Abs. 4 GWB und der Mitgliedschaft in Berufsgenossenschaften« (**Anlage 3**)
3. ☒ Formblatt »Erklärung zu Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz« (**Anlage 4**)
4. ☒ Formblatt »Erklärung zu Insolvenz bzw. Liquidation gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB« (**Anlage 5**)
5. ☒ Formblatt »Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe« (**Anlage 6**)
6. ☒ Formblatt »Verzeichnis der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer« (**Anlage 7**)
7. ☒ Formblatt »Erklärung der Bietergemeinschaft« (**Anlage 8**)
8. ☒ Formblatt »Erklärung zur Projektkommunikation« (**Anlage 9**)
9. ☒ Formblatt »Erklärung zum Datenschutzbeauftragten« (**Anlage 10**)
10. ☒ Formblatt »Vertraulichkeitsvereinbarung« (**Anlage 14**)
11. ☒ Eigenerklärung zum EU-Sanktionspaket im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine (**Anlage RUS**)

II. Eigenerklärungen und Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit

Folgende im Bekanntmachungstext geforderten Eigenerklärungen, Nachweise und Unterlagen sind als gesonderte Anlagen beigelegt:

Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

1. ☒ Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft, der in den letzten 3 Geschäftsjahren (2024, 2023, 2022) für Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind, erzielt wurde. Sofern das Unternehmen noch nicht 3 Jahre besteht: Jahresabschlüsse seit Unternehmensgründung. (**Anlage 11.1**)
2. ☒ aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einer vergleichbaren Eintragung (nicht älter als 3 Monate) (**Anlage 11.2**)
3. ☒ Formblatt »Versicherungen« (**Anlage 12**)

Fachkunde und technische Leistungsfähigkeit

1. ☒ Referenzbescheinigungen zu erfolgreich abgeschlossenen Hauptuntersuchungen am RS1 nach §§ 32,33 EBO innerhalb der letzten 3 Geschäftsjahre (2022 – 2024) (**Anlage 13.1**)
2. ☒ Referenzbescheinigungen zu erfolgreich durchgeführten Instandsetzungsmaßnahmen bei vorgefundenen Korrosionen an den Längsträgern RS1 (mit Eingriff in die Wagenkastenstruktur) (**Anlage 13.2**)
3. ☒ Eigenerklärung, dass der Bewerber über ausreichend Kapazität an Personal sowie technischen Anlagen verfügt, um die Hauptuntersuchung der Fahrzeuge innerhalb des angegebenen Leistungszeitraumes erfolgreich und abschließend durchführen zu können. (**Anlage 13.3**)
4. ☒ Nachweis eines Qualitätsmanagementsystems, welches die Schienenfahrzeuginstandhaltung umfasst (z.B. ECM, ISO 9001). (**Anlage 13.4**)
5. ☒ Eigenerklärung zu Fertigungsstätten (**Anlage 13.5**)
6. ☒ Eigenerklärung, dass der Bewerber über die erforderlichen Qualifikationen und Anlagen zur GFK-Sanierung verfügt. (**Anlage 13.6**)
7. ☒ Nachweis der Befähigung des Bewerbers zur Durchführung schweißtechnischer Arbeiten an Eisenbahnfahrzeugen (DIN EN 15085-2 CL1) (**Anlage 13.7**)
8. ☒ Nachweis der Befähigung des Bewerbers zur Durchführung klebtechnischer Arbeiten an Eisenbahnfahrzeugen (EN 17460) (**Anlage 13.8**)

	Teilnahmeantrag zum Teilnahmewettbewerb "Durchführung von Hauptuntersuchungen an Dieselmotrfahrzeugen vom Typ Regio-Shuttle RS1"	
--	---	--

- 9. ☒ Nachweis der Befähigung des Bewerbers zur Durchführung zerstörungsfreier Prüfungen an Eisenbahnfahrzeugen (DIN EN 16910-1 und DIN 27201-7) im jeweiligen Verfahren (**Anlage 13.9**)
- 10. ☒ Nachweis der Befähigung des Bewerbers zur Durchführung von Arbeiten an Bremseinrichtungen von Eisenbahnfahrzeugen (Qualifikation für Br3) (**Anlage 13.10**)
- 11. ☒ Nachweis der Befähigung des Bewerbers zur Durchführung von Arbeiten an Zugsicherungseinrichtungen von Eisenbahnfahrzeugen (PZB 90 I60R) (**Anlage 13.11**)
- 12. ☒ Nachweis der Befähigung des Bewerbers zur Durchführung von Arbeiten an Funkeinrichtungen von Eisenbahnfahrzeugen (GSM-R MESA23) (**Anlage 13.12**)

Ich/ wir bestätige(n) die Richtigkeit der in diesem Teilnahmeantrag und in den beigefügten Anlagen gemachten Angaben.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹

Hinweis: Wird der Vordruck an dieser Stelle nicht unterschrieben, gilt der Teilnahmeantrag als nicht abgegeben.

¹ Eine rechtsverbindliche Unterschrift liegt dann vor, wenn die zur Vertretung berechtigten Inhaber oder Organe von Gesellschaften (z. B. Geschäftsführer, Vorstand) oder entsprechend bevollmächtigte Vertreter den Teilnahmeantrag und sämtliche Erklärungen in vertretungsberechtigter Anzahl unterzeichnet haben. Ist die Vertretungsberechtigung nicht aus öffentlichen Registern (z. B. Handelsregister) ersichtlich, ist dem Teilnahmeantrag ein entsprechender Nachweis der Vertretungsberechtigung (z.B. Vollmacht) beizufügen.

I. Eigenerklärungen zur Zuverlässigkeit

Anlage 2:

»Eigenerklärung gemäß §§ 123 Abs. 1 bis 3, 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 9 GWB«

Eigenerklärung gemäß §§ 123 Abs. 1 bis 3, 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 9 GWB

2.1 Ich/ wir erkläre(n), dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 3 GWB in Bezug auf meine/ unsere Person(en) oder das Unternehmen vorliegen.

Keine Person, deren Verhalten dem Bewerber/ einem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zuzurechnen ist, wurde wegen Verstoßes gegen eine der nachfolgenden Vorschriften rechtskräftig verurteilt:

- §§ 129, 129a oder 129b des Strafgesetzbuches,
- §§ 89c des Strafgesetzbuchs oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs,
- § 263 des Strafgesetzbuchs,
- § 264 des Strafgesetzbuchs,
- § 299 des Strafgesetzbuchs,
- § 108e des Strafgesetzbuchs,
- §§ 333 oder 334 des Strafgesetzbuches, jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs,
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung und
- §§ 232, 233 oder 233a des Strafgesetzbuchs.

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße nach den vorgenannten Vorschriften stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich (§ 123 Abs. 2 GWB).

Ein Verhalten einer Person ist einem Bewerber/ einem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zuzurechnen, wenn eine Person, die für die Führung der Geschäfte dieses Bewerbers/ Mitgliedes der Bewerbungsgemeinschaft verantwortlich handelt, selbst gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für den Bewerber/ das Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft handelnden Person vorliegt (§ 123 Abs. 3 GWB).

2.2 Ich/ wir erkläre(n), dass keine Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 3 bis 9 GWB in Bezug auf meine/ unsere Person(en) oder das Unternehmen vorliegen:

	Teilnahmeantrag zum Teilnahmewettbewerb "Durchführung von Hauptuntersuchungen an Dieselmotrfahrzeugen vom Typ Regio-Shuttle RS1"	
--	---	--

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen hat Vereinbarungen mit anderen Unternehmen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
- das Unternehmen
 - hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich/ wir versichere(n) mit meiner/ unserer Unterschrift die Richtigkeit der Angaben.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift²

Hinweis: *Dieses Formblatt Anlage 2 muss für jedes Mitglied einer Bergewergemeinschaft auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

² Vgl. Fußnote 1.

Anlage 3:

**»Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben, Sozialbeiträgen nach § 123 Abs. 4
GWB und der Mitgliedschaft in Berufsgenossenschaften«**

**Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben, Sozialbeiträgen nach § 123 Abs. 4
GWB und der Mitgliedschaft in Berufsgenossenschaften**

Von der Teilnahme am Vergabeverfahren ist ein Bewerber gemäß § 123 Abs. 4 GWB zu jedem Zeitpunkt auszuschließen, wenn:

- das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
- die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer vorgenannten Verpflichtung nachweisen können.

Ebenso können Bewerber vom Vergabeverfahren nach § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB ausgeschlossen werden, wenn

- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.

Dies vorausgeschickt erklären wir folgendes:

Ich/ wir erkläre(n), dass ich/ wir den Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie von Sozialbeiträgen nachgekommen bin/ sind.

Ich/ wir erkläre(n), dass ich/ wir alle Pflichten aus der Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft erfülle/n und in den vergangenen Jahren erfüllt habe/n.

Mein/ unser Betrieb ist Mitglied folgender Berufsgenossenschaft(en):

(Bezeichnung der Berufsgenossenschaft)

(Mitgliedsnummer)

(Bezeichnung der Berufsgenossenschaft)

(Mitgliedsnummer)

	Teilnahmeantrag zum Teilnahmewettbewerb "Durchführung von Hauptuntersuchungen an Dieselmotrfahrzeugen vom Typ Regio-Shuttle RS1"	
--	---	--

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung und vorsätzlich unzutreffende Erklärungen im Vergabeverfahren in Bezug auf meine/unsere Eignung meinen /unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift³

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

³ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 4:

»Erklärung zu Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz«

Erklärung zu Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft erklärt, dass keine Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz in der Person des Bewerbers/ des Mitgliedes der Bewerbergemeinschaft vorliegen.

Straf- und Bußgeldverfahren wegen Verstoßes/ Verstößen gegen die genannten Gesetze sind weder gegen den Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft anhängig.

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung meinen/ unseren Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren zur Folge hat.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift⁴

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

⁴ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 5:

»Erklärung zu Insolvenz bzw. Liquidation gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB«

Erklärung zu Insolvenz bzw. Liquidation gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB

Ein Unternehmen kann nach § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB zu jedem Zeitpunkt von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen werden, wenn

- das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Ich/ wir erkläre(n), dass über das Vermögen des Unternehmens, welches sich als Bewerber, als Mitglied der Bietergemeinschaft am Verfahren beteiligt, kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist.

Ich/ wir erkläre(n), dass sich das Unternehmen, welches sich als Bewerber, als Mitglied der Bietergemeinschaft am Verfahren beteiligt, nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung meinen/ unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift⁵

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

⁵ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 6: »Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe«
--

Eignungsleihe

- ☐ Ich/ wir beabsichtige(n) **nicht**, uns für den Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde der Mittel oder Fähigkeiten anderer Unternehmen zu bedienen.
- ☐ Ich/ wir beabsichtige(n), uns für den Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde in den folgenden Bereichen

der Mittel oder Fähigkeiten anderer Unternehmen zu bedienen. Das andere Unternehmen hat auf nachfolgendem Formblatt eine entsprechende Verpflichtungserklärung abgegeben.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift (Bewerber)⁶

⁶ Vgl. Fußnote 1.

Verpflichtungserklärung
zur Verfügbarkeit von Mitteln anderer Unternehmen nach § 47 Abs. 1 SektVO

(Unternehmen)

(Straße)

(Postleitzahl)

(Ort)

(gesetzlicher Vertreter)

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den Bewerber diesem die nachstehend benannten Mittel (Einrichtungen, Know-how usw.) zur Verfügung zu stellen:

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift (verpflichtetes Unternehmen)⁷

⁷ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 7:

»Verzeichnis der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer«

Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer

- ☐ Ich/ wir beabsichtige(n) **keine** Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer einzusetzen.
- ☐ Ich/ wir beabsichtige(n), die nachfolgend aufgeführten Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer in den folgenden Bereichen einzusetzen:

Der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer hat sein Einverständnis, die angegebenen Teilleistungen zu erbringen, durch Unterschrift auf nachfolgendem Formblatt bestätigt.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift (Bewerber)⁸

⁸ Vgl. Fußnote 1.

Verzeichnis der Unterauftragnehmer (§ 34 Abs. 1 SektVO)

Zur Ausführung der nachfolgend genannten Teilleistungen sind folgende Unterauftragnehmer bereit:

Unterauftragnehmer Nr. 1

(Unternehmen)

(Straße)

(Postleitzahl)

(Ort)

(Beschreibung der Teilleistung)

(Ort, Datum)

(Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift des Unterauftragnehmers⁹)

Unterauftragnehmer Nr. ____

(Unternehmen)

(Straße)

(Postleitzahl)

(Ort)

(Beschreibung der Teilleistung)

(Ort, Datum)

(Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift des Unterauftragnehmers¹⁰)

Hinweis: Sollte sich der Bewerber/ die Bietergemeinschaft mehr als eines Nachauftragnehmers für die Leistungserbringung bedienen und sich auf dessen Leistungsfähigkeit berufen, ist für jeden weiteren Nachauftragnehmer ein entsprechendes Datenblatt beizufügen und die jeweilige Nummer des Nachauftragnehmers fortlaufend einzutragen.

Anlage 8:

⁹ Vgl. Fußnote 1.

¹⁰ Vgl. Fußnote 1.

»Erklärung der Bietergemeinschaft«

Erklärung der Bietergemeinschaft

☐ Ich/ wir gebe(n) mein/ unser Angebot **nicht** als Bietergemeinschaft ab.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift (Bewerber)¹¹

☐ Wir bilden eine Bietergemeinschaft und geben hiermit die hierfür vorgesehene Erklärung ab:

Erklärung der Bietergemeinschaft (§ 50 SektVO)

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bietergemeinschaft,

**geschäftsführendes
Mitglied**

(Name, Sitz, Anschrift, Telefon, Telefax)

Leistungsanteil

Mitglied Nr. ____

(Name, Sitz, Anschrift, Telefon, Telefax)

Leistungsanteil

¹¹ Vgl. Fußnote 1.

	Teilnahmeantrag zum Teilnahmewettbewerb "Durchführung von Hauptuntersuchungen an Dieseltriebfahrzeugen vom Typ Regio-Shuttle RS1"	
--	--	--

erklären hiermit verbindlich, uns im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären, dass

- alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft aufgeführt sind und das oben bezeichnete geschäftsführende Mitglied der Bietergemeinschaft und späteren Arbeitsgemeinschaft alle Mitglieder sowohl der Bieter- als auch der Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- das geschäftsführende Mitglied berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Erklärungen entgegenzunehmen und Zahlungen anzunehmen und
- alle Mitglieder für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift ¹²

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift ¹³

- Hinweis:**
1. *Sollte die Bewerber-/ Bietergemeinschaft aus mehr als zwei Mitgliedern bestehen, ist für jedes weitere Mitglied ein entsprechendes Datenblatt beizufügen und die jeweilige Nummer des Mitgliedes fortlaufend einzutragen. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*
 2. *Wenn ein Mitglied einer Bietergemeinschaft selbst auch ein eigenes Angebot abgibt, bedingt dies regelmäßig den Ausschluss beider Angebote (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 16.09.2003 – VII Verg 52/03).*

¹² Vgl. Fußnote 1.

¹³ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 9: »Erklärung zur Projektkommunikation«

Erklärung zur Projektkommunikation

Ich/ wir erklären, dass die Kommunikation mit dem Auftraggeber und sämtlichen am Projekt beteiligten Dritten, insbesondere durch die Projektleitung und die projektbegleitenden Techniker in der Werkstatt, in deutscher Sprache erfolgt. Dies beinhaltet die Abwicklung des Projekts, jeglichen Schriftwechsel, sämtliche Besprechungen und die Erzeugung von Dokumenten.

Ausgenommen hiervon sind fachspezifische Begrifflichkeiten.

Ich/ wir erklären, dass alle dem AG zu übermittelnde Dokumente in einem orthografisch und grammatikalisch korrekten Deutsch erstellt werden.

Ich/ wir versichere(n) mit meiner/ unserer Unterschrift die Richtigkeit der Angaben.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁴

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jeden Nachauftragnehmer ausgefüllt werden.*

¹⁴ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 10:
»Erklärung zum Datenschutzbeauftragten«

**Erklärung zur Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten und der
konsequenten Einhaltung der Datenschutzbestimmungen nach dem Bundes-
datenenschutzgesetz (BDSG)**

- ☐ Ich/ wir erklären, dass kein betrieblicher Datenschutzbeauftragter gemäß § 4 f Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) zu bestellen ist, da die diesbezüglichen Voraussetzungen des § 4 f Abs. 1 Satz 4 BDSG nicht vorliegen.
- ☐ Ich/ wir erklären, dass ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter gemäß § 4f BDSG bestellt wurde.

Kommunikationsdaten des/ der Datenschutzbeauftragten sind:

- ☐ Erklärung der konsequenten Einhaltung der Datenschutzbestimmungen nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) unter Beachtung der wettbewerblichen Gegebenheiten zur Vermeidung von Weitergabe von Kundendaten und Betriebs-interna an Konkurrenzunternehmen

Ich/ wir erklären weiterhin, dass

- ☐ Durchsetzung von Anordnungen gemäß § 38 BDSG der Aufsichtsbehörde für Datenschutz
- ☐ Strafverfahren wegen Verstößen gegen das Bundesdatenschutzgesetz
- ☐ Bußgeldverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten nach dem BDSG nicht vorliegen.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁵

¹⁵ Vgl. Fußnote 1.

II. Eigenerklärungen und Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit

Anlage 11:

»Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit«

Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers/ des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft, der in den letzten 3 Geschäftsjahren (2024, 2023 2022) für Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind, erzielt wurde. Sofern das Unternehmen noch nicht 3 Jahre besteht: Jahresabschlüsse seit Unternehmensgründung.

Geschäftsjahr	2022	2023	2024
Umsatz			

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁶

Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einer vergleichbaren Eintragung (nicht älter als 3 Monate)

☐ Handelsregisterauszug

☐ _____

☐ _____

Hinweise: 1. Der Nachweis der aktuell gültigen Eintragung in einem Berufs- und/ oder Handelsregister ist erforderlich, soweit nach den jeweiligen Bestimmungen des Mitgliedsstaates am Sitz oder Wohnsitz des Bewerbers entsprechendes verpflichtend vorgesehen ist.

¹⁶ Vgl. Fußnote 1.

2. *Sollte die vorstehende Darstellungsmöglichkeit des für den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft dies durch weitere oder andere Erklärungen erbringen.*
3. *Sämtliche vorstehend angegebenen Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 11** beizufügen.*

Anlage 12: »Versicherungen«
--

Eigenerklärung Versicherung

Ich/ wir erkläre(n) die Bereitschaft, auf eigene Kosten Versicherungen im nachstehenden Umfang bzw. zu den nachfolgenden Konditionen entweder bereits zu unterhalten oder im Auftragsfalle abzuschließen:

- eine Betriebs-, Umwelt- und Produkthaftpflichtversicherung unter Einschluss mittelbarer Schäden abzuschließen und bis zum Ende der Gewährleistungszeit aufrechtzuerhalten und zwar bei zweifacher Maximierung p.a. mit einer Mindestdeckungssumme je Schadensereignis von:
 - 2.000.000,00 Euro für Personenschäden
 - 2.000.000,00 Euro für Sach- und Sachfolgeschäden
 - 500.000,00 Euro für Tätigkeitsschäden
- eine Inbetriebnahme- bzw. Montageversicherung (mindestens nach AMoB/ GDV)
- eine Feuerversicherung, sofern das Feuerrisiko der Fahrzeuge (im Depot und auf der Strecke) nicht bereits im Rahmen der Inbetriebnahme-, Montageversicherung vollständig mit abgedeckt ist, und der AN Schadensverursacher ist,

Die Versicherungen müssen ab Vertragsabschluss über die gesamte Vertragslaufzeit aufrechterhalten werden. Sie müssen die Haftung des Auftragnehmers für Personen-, Sach-, Tätigkeits- und Vermögensschäden, das Abhandenkommen bewachter Sachen sowie die Haftung des Bewerbers für die in Obhut befindlichen Fahrzeuge bei Beschädigung und Verlust abdecken.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁷

¹⁷ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 13:

» Fachkunde und technische Leistungsfähigkeit«

13.1 Referenzbescheinigungen zu erfolgreich abgeschlossenen Hauptuntersuchungen am RS1 nach §§ 32,33 EBO innerhalb der letzten 3 Geschäftsjahre (2022 – 2024)

Damit die Anforderung des Nachweises der Fachkunde erfüllt ist, müssen Referenzbescheinigungen für die erfolgreiche Durchführung von mind. 5 Hauptuntersuchungen an Fahrzeugen vom Typ Regio-Shuttle RS1 nach §§ 32,33 EBO innerhalb der letzten 3 Geschäftsjahre (2022-2024) eingereicht werden.

Sind den Unterlagen keine oder den nachfolgenden Mindestanforderungen nicht entsprechende Referenzen beigefügt, gilt das Kriterium als nicht erfüllt. Bleibt der Teilnahmeantrag auch nach einer Nachforderung unvollständig, wird er vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Hinweise:

Die Referenzbescheinigungen werden nur gewertet, wenn sie die folgenden Mindestanforderungen erfüllen:

- es handelt sich um in den letzten 3 Geschäftsjahren erbrachte, vergleichbare Leistungen, für die die Bewerbung abgegeben wird
- es sind für jede Referenz darzustellen: der Leistungsgegenstand (Bezeichnung und Kurzbeschreibung des Referenzprojektes), Ort der Leistungserbringung, der Leistungszeitraum, der Auftraggeber mit Adresse, der Ansprechpartner des Auftragsgebers mit Telefonnummer und die Angabe der Gesamtkosten, des auf die Referenz jeweils entfallenen Auftragsvolumens, Benennung der ausgeführten zusätzlichen Leistungen (Außerplanarbeiten). Die benannten Ansprechpartner müssen die Referenz auf Anfrage gegenüber dem Auftraggeber bestätigen und mindestens eine befriedigende, vertragsgemäße Leistungserbringung bescheinigen.
- durch den Bewerber sind die Formblätter des AG zu verwenden.

Referenzbescheinigung

Bezeichnung des Referenzprojektes	
Kurzbeschreibung des Referenzprojektes	
Ort der Leistungserbringung	
Leistungszeitraum	
Name des Auftraggebers mit Adresse	
Ansprechpartner des Auftraggebers mit Telefonnummer	
Gesamt- auftragsvolumen	
Auf diese Referenz entfallendes Auftragsvolumen	
Zusätzlich ausgeführte Leistungen (Außerplanarbeiten)	
Erfüllungsgrad der Leis- tungserbringung	☐ hervorragend erfüllt ☐ mit Mängeln erfüllt ☐ überdurchschnittlich erfüllt ☐ mit erheblichen Mängeln erfüllt ☐ durchschnittlich erfüllt ☐ nicht erfüllt

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift des Referenzgebers

13.2 Referenzbescheinigungen zu erfolgreich durchgeführten Instandsetzungsmaßnahmen bei vorgefundenen Korrosionen an den Längsträgern RS1 (mit Eingriff in die Wagenkasten-struktur)

Damit die Anforderung des Nachweises der Fachkunde erfüllt ist, müssen Referenzbescheinigungen für die erfolgreiche Durchführung von mind. 3 Instandsetzungsmaßnahmen bei vorgefundenen Korrosionen an den Längsträgern an Fahrzeugen vom Typ Regio-Shuttle RS1 (mit Eingriff in die Wagenkastenstruktur) eingereicht werden.

Sind den Unterlagen keine oder den nachfolgenden Mindestanforderungen nicht entsprechende Nachweise über durchgeführte Instandsetzungsmaßnahmen beigelegt, gilt das Kriterium als nicht erfüllt. Bleibt der Teilnahmeantrag auch nach einer Nachforderung unvollständig, wird er vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Hinweise:

Die Referenzbescheinigungen werden nur gewertet, wenn sie die folgenden Mindestanforderungen erfüllen:

- es handelt sich um in den letzten **3 NEU (V2): 8** Geschäftsjahren erbrachte, vergleichbare Leistungen für die die Bewerbung abgegeben wird
- es ist jeweils darzustellen: der Leistungsgegenstand (Bezeichnung und Kurzbeschreibung der durchgeführten Maßnahmen), Ort der Leistungserbringung, der Leistungszeitraum, der Auftraggeber mit Adresse, der Ansprechpartner des Auftragsgebers mit Telefonnummer und die Angabe der Gesamtkosten, des auf die Referenz jeweils entfallenen Auftragsvolumens. Die benannten Ansprechpartner müssen die Referenz auf Anfrage gegenüber dem Auftraggeber bestätigen und mindestens eine befriedigende, vertragsgemäße Leistungserbringung bescheinigen
- durch den Bewerber sind die Formblätter des AG zu verwenden.

Referenzbescheinigung

Bezeichnung des Referenzprojektes	
Kurzbeschreibung des Referenzprojektes	
Ort der Leistungserbringung	
Leistungszeitraum	
Name des Auftraggebers mit Adresse	
Ansprechpartner des Auftraggebers mit Telefonnummer	
Gesamt- auftragsvolumen	
Auf diese Referenz entfallendes Auftragsvolumen	
Zusätzlich ausgeführte Leistungen (Außerplanarbeiten)	
Erfüllungsgrad der Leis- tungserbringung	☐ hervorragend erfüllt ☐ überdurchschnittlich erfüllt ☐ durchschnittlich erfüllt ☐ mit Mängeln erfüllt ☐ mit erheblichen Mängeln erfüllt ☐ nicht erfüllt

Ort, Datum

Stempel, Unterschrift des Referenzgebers

13.3 Eigenerklärung zur Kapazität

Ich/ wir erkläre(n), dass ich/wir über ausreichend Kapazität an Personal sowie technischen Anlagen verfügt, um die Hauptuntersuchung / Revision der Fahrzeuge innerhalb des angegebenen Leistungszeitraumes erfolgreich und abschließend durchführen zu können.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁸

13.4 Nachweis eines Qualitätsmanagementsystems, welches die Schienenfahrzeuginstandhaltung umfasst (ECM, ISO 9001)

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat die Einhaltung der Qualitätssicherungssysteme, die

- den einschlägigen europäischen Normen genügen und
- von akkreditierten Stellen zertifiziert sind,

nachzuweisen (§ 49 Abs. 1 Satz 1 SektVO). Dies erfolgt in einem gesonderten Dokument, das dem Teilnahmeantrag als Anlage anzufügen ist.

- Hinweise:**
1. *Der Nachweis kann durch Vorlage der ECM-Zertifizierung nach DV (EU) 2019/779 mit jeweiliger Angabe zur Gültigkeitsdauer erbracht werden. Das Zertifikat muss bis zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültig sein und der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer muss garantieren, dass er es bis Ende der Vertragslaufzeit aufrecht erhält.*
 2. *Es werden auch gleichwertige Bescheinigungen von akkreditierten Stellen aus anderen Staaten anerkannt (§ 49 Abs. 1 Satz 2 SektVO).*
 3. *Konnte ein Bewerber/ ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist einholen, werden auch andere Unterlagen über gleichwertige Qualitätssicherungssysteme anerkannt, sofern nachgewiesen wird, dass die vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmaßnahmen den geforderten Qualitätssicherungsnormen entsprechen (§ 49 Abs. 2 Satz 3 SektVO).*

¹⁸ Vgl. Fußnote 1.

13.5 Eigenerklärung zu Fertigungsstätten

Ich/ wir erklären, dass im Auftragsfalle die Fahrzeuge und/oder deren Komponenten nur in Fertigungsstätten bearbeitet werden, die nachweislich für die Fertigung und/oder Instandsetzung von TEIV- und/oder EBO-zugelassenen Fahrzeugen und/oder deren Komponenten qualifiziert sind.

Hierbei muss es sich um Fertigungsstätten des Bewerbers oder um Werkstätten eines Konzerns oder Firmenverbundes handeln, dem der Bewerber angehört, oder um Werkstätten, in denen der Bewerber als Generalunternehmer unter Einbindung nachweislich qualifizierter und leistungsfähiger Subunternehmen die Leistungen erbringen lässt.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁹

13.6 Eigenerklärung zu GFK-Sanierung

Ich/ wir erkläre/n über die erforderlichen Qualifikationen und Anlagen zur GFK-Sanierung zu verfügen.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift²⁰

13.7 Nachweis zur Durchführung schweißtechnischer Arbeiten an Eisenbahnfahrzeugen

Der Nachweis der Befähigung des Bewerbers zur Durchführung schweißtechnischer Arbeiten an Eisenbahnfahrzeugen (Zertifikat zum Schweißen von Schienenfahrzeugen und Schienenfahrzeugteilen nach DIN EN 15085-2 CL1) ist dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen.

¹⁹ Vgl. Fußnote 1.

²⁰ Vgl. Fußnote 1.

13.8 Nachweis zur Durchführung klebetechnischer Arbeiten an Eisenbahnfahrzeugen

Der Nachweis der Befähigung des Bewerbers zur Durchführung klebetechnischer Arbeiten an Eisenbahnfahrzeugen (EN 17460) ist dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen.

13.9 Nachweis zur Durchführung zerstörungsfreier Werkstoffprüfungen an Eisenbahnfahrzeugen

Der Nachweis der Befähigung des Bewerbers zur Durchführung zerstörungsfreier Prüfungen an Eisenbahnfahrzeugen im jeweiligen Verfahren (Anerkennung als Prüfstelle für die zerstörungsfreie Prüfung im Industriesektor Eisenbahninstandhaltung (UT, MT, VT, PT) nach DIN EN 16910-1 und DIN 27201-7) ist dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen.

13.10 Nachweis zur Durchführung von Arbeiten an Bremsenrichtungen von Eisenbahnfahrzeugen (Br3)

Der Nachweis der Befähigung des Bewerbers zur Durchführung von Arbeiten an Bremsenrichtungen von Eisenbahnfahrzeugen (Qualifikation für Br3) ist dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen.

13.11 Nachweis zur Durchführung von Arbeiten an Zugsicherungseinrichtungen von Eisenbahnfahrzeugen (PZB 90 I60R)

Der Nachweis der Befähigung des Bewerbers zur Durchführung von Arbeiten an Zugsicherungseinrichtungen von Eisenbahnfahrzeugen (PZB 90 I60R) ist dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen.

13.12 Nachweis zur Durchführung von Arbeiten an Funkeinrichtungen von Eisenbahnfahrzeugen (GSM-R MESA23)

Der Nachweis der Befähigung des Bewerbers zur Durchführung von Arbeiten an Funkeinrichtungen von Eisenbahnfahrzeugen (GSM-R MESA23) ist dem Teilnahmeantrag als Anlage beizufügen.

Anlage 14: Vertraulichkeitsvereinbarung
--

Vertraulichkeitsvereinbarung

Zwischen

Chemnitzer Verkehrs-Aktiengesellschaft
nachfolgend Auftraggeber (AG) genannt

und

Name eintragen
nachfolgend Auftragnehmer (AN) genannt

Präambel

Der AG beauftragt den AN mit der Durchführung der Untersuchung gem. §§ 32, 33 EBO sechs (davon 4 optional) Dieselmotrfahrzeugen vom Typ Regio-Shuttle RS1, Instandsetzungsmaßnahmen bei vorgefundenen Korrosionen an den Längsträgern sowie zusätzlichen optionalen Leistungen (Außerplanarbeiten).

Hierzu stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer vertrauliche Informationen, Daten, Unterlagen und/oder sonstige nicht allgemein zugängliche Informationen sowie Einsicht in die DV-Systeme oder Anlagenteile zur Verfügung.

Die in diesem Zusammenhang von den Vertragsparteien zur Verfügung gestellten Daten und Informationen (nachfolgend als vertrauliche Informationen bezeichnet) sind nach Maßgabe dieser Vereinbarung vertraulich zu behandeln.

§ 1 Definition

Als vertrauliche Informationen im Sinne der vorliegenden Vereinbarung gelten:

- a) Informationen und Daten jeglicher Art, die sich die Vertragsparteien schriftlich, mündlich, digital oder in anderer Form im Rahmen der in der Präambel genannten Beauftragung zugänglich machen sowie alle technischen, finanziellen und kommerziellen Informationen;
- b) Informationen (unabhängig von der Verbreitungsform oder dem vermittelnden Datenträger, insbesondere aktualisierende und ergänzende Informationen sowie alle Informationen und schriftlichen oder elektronischen Dokumenten, die die Parteien miteinander direkt oder indirekt austauschen), die der Auftraggeber ausdrücklich als vertraulich oder gemeinhaltsbedürftig bezeich-

net, besonders kennzeichnet oder deren Vertraulichkeit sich aus ihrem Gegenstand oder sonstigen Umständen ergibt. Dies gilt auch, wenn die vertraulichen Informationen von Dritten stammen und dem Empfänger von dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden;

- c) geheimhaltungspflichtige Daten nach dem Bundesdatenschutzgesetz, nach der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) sowie sonstigen datenschutzrechtlichen Vorschriften.

Keine vertraulichen Informationen im Sinne dieser Vereinbarung sind nur solche Informationen,

- d) die bereits öffentlich bekannt sind;
e) die die Vertragsparteien nach gesetzlichen Bestimmungen offen zu legen haben. In diesem Fall wird die Partei, welche eine Veröffentlichung anstrebt, unverzüglich und vor Veröffentlichung dieser Informationen die jeweils andere Vertragspartei hiervon unterrichten und das weitere Vorgehen abstimmen.

§ 2 Vertraulichkeit

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die von der jeweils anderen Vertragspartei direkt oder indirekt erhaltenen vertraulichen Informationen

- a) streng vertraulich zu behandeln,
b) nicht unabhängig, insbesondere zu Wettbewerbszwecken zu verwerten,
c) Dritten nicht zugänglich bzw. öffentlich bekannt zu machen,
d) ausschließlich für den in der Präambel dargelegten Zweck zu verwerten.

§ 3 Rückgabe von Unterlagen/Berechtigungen

Unmittelbar nach der Beendigung der Zusammenarbeit werden die Vertragsparteien sämtliche vertraulichen Informationen, soweit sie in verkörperter Form vorliegen, zurückgeben und, soweit elektronisch gespeichert, vollständig vernichten und deren Vernichtung nachweisen sowie erhaltene Berechtigungen zum Zugriff auf DV-Systeme der **eins** zurückgeben.

Vorgenanntes gilt nicht, sofern die empfangende Partei zur Aufbewahrung von Kopien aufgrund zwingender gesetzlicher oder behördlicher Vorschriften verpflichtet ist. In diesen erfolgt die Rückgabe der betroffenen Information erst nach Ablauf der jeweiligen Aufbewahrungsfrist.

§ 4 Verwertungsrechte

Alle etwaigen Verwertungsrechte an übergebenen Informationen verbleiben bei der jeweiligen Vertragspartei. Lizenzen oder sonstige Nutzungsrechte, gleich welcher Art, werden durch diese Vereinbarung nicht eingeräumt.

§ 5 Datenschutz

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes sowie der EU-DSGVO und sonstigen datenschutzrechtlichen Vorschriften. Er wird auch seine mit der in der Präambel genannten Aufgabe beauftragten Mitarbeiter auf die Einhaltung der Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes sowie der EU-DSGVO verpflichten.

§ 6 Laufzeit

Die Geheimhaltungsverpflichtung gilt beginnend mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarung und gilt auf unbestimmte Zeit.

§ 7 Sonstiges

Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung, einschließlich des hier vereinbarten Formerfordernisses, bedürfen der Schriftform.

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht.

Ausschließlicher Gerichtsstand ist Chemnitz. Es findet deutsches Recht Anwendung.

Im Auftragsfall wird diese Vertraulichkeitsvereinbarung Vertragsbestandteil. Der Bewerber erkennt mit seiner Unterschrift die vorher aufgeführte Vertraulichkeitsvereinbarung vollumfänglich an und beachtet die Bestandteile der § 1-7 im Verlaufe des Vergabeverfahrens.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift²¹

²¹ Vgl. Fußnote 1.

Eigenerklärung

zum EU-Sanktionspaket im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine

Im Rahmen des EU-Sanktionspakets im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wurde folgender Artikel in die Verordnung (EU) 2022/576 aufgenommen:

Artikel 5k:

- (1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,
- auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

Ich/Wir erkläre(n), dass keine der o.g. Ausschlussgründe für eine öffentliche Auftragsvergabe oder Konzessionsvergabe bzw. eine Vertragsweiterführung auf mich/uns zutreffen.
Des Weiteren verpflichte(n) ich/wir mich/uns, auch im Rahmen der Vertragsausführung keine Änderungen vorzunehmen (z.B. durch Einbindung eines Unterauftragnehmers), die gegen die o.g. Ausschlussgründe verstoßen.

(Ort/Datum)

(Firmenbezeichnung)

Name des Erklärenden *)

*) Die Erklärung ist in Textform gem. § 126 b BGB abzugeben.

III. Unklarheiten

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/ der Bewerbungsgemeinschaft Unklarheiten, Widersprüche oder Unvollständigkeiten, insbesondere solche, welche Anforderungen, Inhalt und Vollständigkeit des Teilnahmeantrages betreffen, so hat der Bewerber/ die Bewerbungsgemeinschaft die Auftraggeberin umgehend darauf hinzuweisen. Vorgenannte Hinweise sind unmittelbar an die oben genannte Kontaktstelle zu richten.

IV. Rechtliche Hinweise

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung gestellt wird (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

V. Keine Entschädigung

Die Bewerber erhalten für ihre Aufwendungen im Verfahren keine Entschädigung. Schadenersatzansprüche sind ausgeschlossen.